

# Plenarsitzung vom 25.05.2009 – Regionales Entwicklungskonzept

Sehr geehrter Herr Präsident, ...

Zuerst möchte ich allen Verantwortlichen für die Erstellung des ersten Buches dieses Regionalen Entwicklungskonzeptes "DG- Ostbelgien Leben 2025" im Namen der VIVANT-Fraktion meine Anerkennung aussprechen. Ich finde, dass es eine sehr interessante, sehr informative und auch objektiv verfasste Schrift ist.

Ich werde in der Reihenfolge dieser Schrift, für die VIVANT-Fraktion wichtige Bereiche, aus der Sicht der Zielsetzungen von VIVANT- Ostbelgien, kommentieren.

Aus Zeitgründen werde ich mich im Wesentlichen auf die kritischen Anregungen beschränken.

1. So wäre es im ersten Kapitel "Räumliche Lage und Gebietsabgrenzung" in der zusammenfassenden SWOT-Analyse meines Erachtens unter den Chancen angebracht, noch stärker das große Potential der DG für die Nutzung der verschiedenen Formen **erneuerbarer Energien** zu vermerken. Nicht nur bei der Energieeffizienz sondern auch als energieautarke Gemeinschaft durch den Ausbau der EE sollte und kann die DG eine Vorbildfunktion übernehmen. Denn das größte Risiko für unser Gebiet und für uns alle, da sind wir uns doch einig, ist die **Klimasituation**, die den Industrieländern, laut Aussage der Experten, noch ein Zeitfenster von 10 bis 20 Jahren lässt zum 100% Energiewechsel.

Ganz aktuell kommt jetzt noch das Risiko des immer höher ansteigenden belgischen **Verschuldungsberges** hinzu. Wenn sich dann die Föderalregierung, wie es gestern im GE zu lesen stand, mit dem Verkauf von weiteren Staatsbons über die Runden hilft, dann ist das einfach nicht nachhaltig: Denn diese **Staatsbons** sollten **direkt als legales Zahlungsmittel in Belgien** eingesetzt werden, dann bräuchten wir Steuerzahler nicht noch mehr Schuldzinsen zu zahlen, und die Föderal-Regierung könnte endlich wieder anfangen, die bestehende Schuld zu tilgen! Das zu sagen, meine Damen und Herren, ist kein Verkünden einer außerirdischen Botschaft, sondern nüchterner gesunder Menschenverstand, der mit nackten Zahlen belegt ist. Allerdings, wenn man sich auf die Seite der 5% profitierenden Geldgeber schlägt, dann hat man genug Grund, diese Vorschläge von VIVANT- Ostbelgien als allein seligmachendes Sektendenken und als gefährlichen Fundamentalismus zu bezeichnen!

Als Risiko für die DG wird zu Recht die Abhängigkeit von der Wirtschaftssituation in Belgien genannt: Das stimmt um so mehr, als die Wirtschaft Belgiens im Augenblick noch vollkommen nach dem Modell "**Dauerndes Wirtschaftswachstum**", auf Grund eben dieser Triebfeder der Verschuldungsspirale, organisiert wird. Wegen der riesigen Mengen an Schuldzinsen die dauernd gezahlt werden müssen, rund 18 Milliarden Euro jährlich allein durch den Föderalstaat, ist ein entsprechendes dauerndes Wachstum der Wirtschaft notwendig. Die Wirtschaft kann aber nur bis zu einem gewissen Optimum wachsen, die Geldvermögen wachsen demgegenüber exponentiell in den Himmel und die Schuldenberge exakt parallel dazu ebenfalls. Das ist nicht nachhaltig, darin sind wir uns alle einig, denke ich: Also ist für die DG dieses Ressourcen verschwendende Wachstumsmodell ein zusätzliches Risiko und der Einsatz für die notwendige Korrektur sollte, so finde ich, eine zentrale

Aufgabe in Richtung Vorbildfunktion für die DG bedeuten.

Sogar Herr Quaden, Gouverneur der Nationalbank, hat gestern die Frage in den Raum gestellt, ob dauerndes Wirtschaftswachstum wohl die richtige Lösung sei. Weil er aber als klassischer Ökonom die exponentielle Kurve der Verschuldung nicht berücksichtigt, ist die Beantwortung dieser Frage für ihn natürlich schwierig. Das REK fordert demgegenüber eine innovative Geisteshaltung horizontal in allen Bereichen. VIVANT- Ostbelgien möchte in Zukunft dazu beitragen, dass sich diese innovative Geisteshaltung auch auf nachhaltige Wege im Finanz- und Geldbereich erstreckt. In diesem Zusammenhang erinnere ich nochmals an das in der Schweiz gut funktionierende WIR-System, mit welchem die Unternehmen sich untereinander Kredite gewähren und so das Bankensystem umgehen können.

2. Im Kapitel "Bevölkerung und demographische Entwicklung" werden bereits erste Anzeichen für einen **Fachkräftemangel in der DG** gemeldet, der durch die Konkurrenz aus Luxemburg noch verschärft wird. Damit verbunden ist eindeutig auch eine Frage der Höhe der gezahlten Löhne und Gehälter, ein wesentlicher Grund, wie ich finde, warum unser EU-Abgeordneter sich für eine Angleichung der Steuersätze in Europa stark machen sollte, aber auch warum der belgische Staat sich den finanziellen Spielraum mit Hilfe der Geldhoheit zurückholen muss.

Unter diesen Voraussetzungen könnte Belgien, also auch die DG, dann z.B. den **Lehrern** auch im Vergleich zu den Nachbarn ein angemessenes Gehalts- und Rentenniveau bieten.

Auch den **Landwirten** muss Belgien ganz dringend ein leistungsgerechtes Einkommen für ihre Produkte garantieren. Hier besteht offensichtlich dringender Handlungsbedarf, denn die Zahl der jungen Menschen die sich noch in der Landwirtschaft engagieren, der Junglandwirte, geht, nach meinem Wissenstand, dramatisch zurück.

3. Die SWOT- Analyse des Beitrags zur "Kultur und kulturellen Identität" vermerkt unter der Rubrik "Chancen" die **Motivation der Jugend für ehrenamtliche Funktionen**, wobei aber unter den Risiken bereits jetzt zu wenig Nachwuchs in ehrenamtlicher Vereinstätigkeit festgestellt wird. Es stellt sich die Frage, wie man die Jugend zur ehrenamtlichen Tätigkeit animieren will, wenn diese unentgeltlich sein soll und die jungen Menschen bereits jetzt vielfach mit prekären Löhnen bzw. Gehältern auskommen müssen?

Zusätzlich sollen sie sich ja auch noch eine Kapital gestützte Rente ansparen.

Durch ein bedingungsloses, die Existenz absicherndes **Grundeinkommen (BGE)** vom Staat an Jede/Jeden ausgezahlt, würde die Karten wesentlich effektiver verteilen. Jetzt hat der Föderalstaat für die Auszahlung solch eines Grundeinkommens nur deshalb kein Geld, weil die Regierung Van Rompuy ihre Priorität darin sieht, die Verluste der Aktienkäufer und der Finanzjongleure zu ersetzen, und ansonsten an dem ruinösen Finanzsystem festzuhalten. Dabei ist selbst nach kapitalistischen Kriterien die Auszahlung eines BGE, mit als möglicher Folge einer großen Zahl von ehrenamtlich Tätigen, ein reiner **Akt wirtschaftlicher und steuerpolitischer Vernunft**. Weil das Geld, welches der Staat in den unteren Einkommensschichten ausgibt, ja eben nicht in Börsenspekulationen oder auf Sparkonten verschwindet, sondern über den Konsum für existenzielle Bedürfnisse dann in Form von Einkommens- und Mehrwertsteuern wieder zum Staat zurückkehrt. Der Staat kann es erneut an die unteren Einkommensschichten ausgeben, und so entsteht ein gesunder wirtschaftlich-finanzieller Kreislauf.

4. Im Kapitel "Bildung und Ausbildung", das lobenswerter Weise sehr objektiv verfasst wurde, werden in Band 1 auf Seite 47 die Fächer der Grundausbildung genannt. In dieser Liste vermisste ich das Fach "Niederländisch". Für VIVANT- Ostbelgien stellt aber die Erlernung der drei Nationalsprachen, für einen Belgier, eine Top-Priorität dar!

Zum Thema Sprachunterricht in der DG noch folgende Überlegung, und zwar ohne jede wahltaktische Polemik. Wenn man bedenkt, dass Kinder in der Zeitspanne vom 2ten bis zum 6ten Lebensjahr Muttersprache und Fremdsprachen geradezu aufsaugen, warum wird dann in der DG diese Fähigkeit der Kleinkinder nicht sehr viel stärker genutzt? Warum werden in der Vorschule, also im Kindergarten, nur 50 Minuten Französisch pro Woche vermittelt? Warum wird der **Kindergarten nicht z.B. zu 50% der gesamten Zeit in Französisch** gestaltet, Spiele, Lieder, Erklärungen, ganz einfach Umgangssprache in Französisch, direkt und unmittelbar ab dem 2ten Lebensjahr. Die kleinen Gehirnakrobaten, denke ich mir, hätten damit doch überhaupt kein Problem! Auch im ersten Primarschuljahr nur 2 Stunden pro Woche! Ich glaube, dass man sich dann nicht wundern sollte, wenn die Französischkenntnisse im 5ten Primarschuljahr in der DG dann eher schwach ausgeprägt sind, und im Abitur ein deutliches Defizit beim Verstehen von gesprochenem Französisch auf gehobenem Niveau festgestellt wird. Die Beherrschung der Umgangssprache und damit die Freude an der gesprochenen Sprache wurden ganz einfach, nach meinem Verständnis, viel zu spät erworben. Vielleicht bräuchte der eine oder andere Vorschullehrer dafür einen zusätzlichen Französisch Schnellkurs, aber wäre es nicht jammerschade, wenn ein hoher Kenntnisstand des Französischen durch unsere Jugend an einer zu geringen Vermittlung bei den 2-6 Jährigen scheitern würde?

Zu Recht wird die Bildungsgerechtigkeit und ein wirklich kostenloser Unterricht gefordert. Die VIVANT- Fraktion fügt dem Katalog noch die Forderung einer kostenlosen warmen Mahlzeit pro Schultag hinzu. Auch da wieder zeigt sich, dass der Staat sich den notwendigen finanziellen Freiraum schaffen muss. VIVANT- Ostbelgien macht hierzu, wie vorhin erneut geschehen, vernünftige Vorschläge.

5. Im Kapitel "Wirtschaftliche Struktur und Beschäftigung" werden die höhere Steuer- und Abgabenbelastung in Belgien gegenüber allen Nachbarländern bestätigt. Das betrifft insbesondere die DG als Grenzregion und ihre Attraktivität als Wirtschaftsstandort. Und die absehbare Entwicklung der Verschuldung bis 2014 auf 106 % des BNP mit effektivem Absinken dieses Produktes um 6% bis 2011 lassen für die DG und unsere föderale Dotation Bedenkliches vorausahnen. Hier kann und muss unsere DG- Regierung im Rahmen der interministeriellen Konferenzen aktiv werden, und hier muss sich auch der nächste EU- Abgeordnete einbringen.

Natürlich wirken sich die hohen Steuer- und Soziallasten auch auf die geringeren Betriebsneugründungen in Belgien und in der DG aus.

Mit gesünderen finanziellen Spielräumen für die öffentliche Hand hätte auch das Arbeitsamt der DG einen viel breiteren Aktionsradius z.B. in der Sozialökonomie.

6. Im Kapitel "Gesundheit und Soziales" setzt sich die VIVANT- Fraktion ebenfalls für den Fortbestand der beiden Krankenhäuser in Eupen und in St.Vith ein. Ganz besonders, das ist ja auch so angedacht, sollte die Gesundheitsprävention in den Vordergrund der Anstrengungen rücken.

Im Abschnitt "Jugendhilfe" wird auf Grund der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung eine Verschärfung der Probleme der Kinder auch in der DG erwartet. Das heißt doch mit anderen Worten, dass wir den eingeschlagenen Weg der Ellbogengesellschaft, der Lissabon-Strategie, des Kapitalismus und der nur indirekten Armutsbekämpfung, hier in der DG, verlassen müssen!

Zu Recht wird auf den Zweck der Sozialhilfe hingewiesen, der darin bestehe, jedem die Möglichkeit zu bieten, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die Gewährung von Eingliederungseinkommen ist eines der genutzten Instrumente in der DG. Belgien hat aber trotzdem die so genannte "Sozialhilfefalle" immer noch nicht effektiv beseitigt, die darin besteht, dass ein Sozialhilfeempfänger bei der Annahme einer prekären Arbeitsstelle dann, trotz 8-stündiger Arbeit, weniger oder nicht wesentlich mehr im Portemonnaie hat als mit der Sozialhilfe. Auch das muss ein Thema für die interministerielle Konferenz sein! Dieser Gefahr wäre mit der Zahlung des bedingungslosen Grundeinkommens zusätzlich zu Lohn und Gehalt behoben. Wenn man ein die Existenz sicherndes Grundeinkommen erhält, dann ist das zusätzliche Einkommen durch eine Arbeitsstelle in Zeitarbeit, in Kurzarbeit, durch eine Arbeit auf Abruf, oder durch die Aufwandsentschädigung für eine ehrenamtliche Tätigkeit, eine willkommene Ergänzung hin zu mehr Kaufkraft und zu mehr Teilhabe an der Gesellschaft.

7. Die VIVANT- Fraktion schließt sich den Ausführungen im Kapitel "Natur und Umwelt" an. Gut zu lesen, dass ein beträchtliches Potential der DG für die **Windenergie** festgestellt wird. Im Bewusstsein der Dramatik der Klimakatastrophe die auf uns zukommt, sind natürlich Überlegungen bezüglich Landschaftsästhetik und touristischen Dienstleistungen gegen die Errichtung von möglichen Windparks vollkommen inakzeptabel. Natürlich müssen alle modernen ästhetischen Erkenntnisse und die vorgeschriebenen Abstände zu Wohnungen eingehalten werden, aber Windräder gehören ganz einfach dort aufgestellt wo es genügend Wind für sie gibt. Dazu gehören selbstverständlich alle Flächen, auch Waldgebiete! Und wenn Windparks auf den Feldern der Landwirte errichtet werden, dann müssen diese Landwirte einen angemessenen Anteil an den Erträgen erhalten, wobei zu berücksichtigen ist, dass trotz der drehenden Windräder noch viele Formen der Bewirtschaftung möglich bleiben.

Und zu den Wäldern und Naturlandschaften: Welcher Kritiker der Windenergie könnte die, ohne rechtzeitiges Gegensteuern, absehbare und durch Stürme verursachte Verwüstung der Wälder in der DG, die Austrocknung des Hohen Venns, usw. aus ästhetischen Gründen gegenüber unseren Kindern verantworten? Doch wohl keiner!

Im Kapitel Landwirtschaftliche Entwicklung wird zwar der Erhalt der biologischen Vielfalt als Ziel vorgegeben, ich vermisste aber eine klare Stellungnahme **gegen die Nutzung GVO** in der DG. Es zeigt sich nämlich jetzt schon in den USA, dass gewisse Gräser inzwischen gegen alle eingesetzten Herbizide resistent geworden sind und nun mit mühsamer Handarbeit auf den riesigen Anbau Feldern entfernt werden müssen. Eine nicht zu bewältigende Aufgabe. Damit ist das Scheitern dieses verantwortungslosen Versuchs durch den multinationalen Konzern Monsanto, das weltweite Saatgutmonopol an sich zu reißen, bewiesen!

Auch der immer intensivere Einsatz von Herbiziden und Insektiziden zum größtmöglichen Profit der Chemie-Industrie muss gestoppt werden, denn im Rückgriff auf eine Warnung von Albert Einstein, wird das Sterben der Bienen unserem Hungertod vorausgehen.

Hier kann und muss die DG durch ihre Stellungnahme und die entsprechende intensive

Information an die Bevölkerung ein Zeichen setzen.

VIVANT- Ostbelgien schließt sich den Zielen der Kommunalen Programme zur Ländlichen Entwicklung an. Ebenso wie der Absicht gute Initiativen wie die "Technologische Top-Region" oder die "Zukunftsinitiative Eifel" zu unterstützen.

Für die Umsetzung des REK möchte diese Regierung nun eine Leitstelle bei der Regierung selber einrichten. Das verwundert nicht, versucht diese Regierung doch seit Beginn der Legislaturperiode die Ministerzahl der DG mit viel politischem Aktionismus zu rechtfertigen.

Belgien bietet in 6 Regierungen 55 Minister auf: Eine der höchsten, wenn nicht die höchste Ministerdichte der Welt. Es sind die anschließende Verordnungswut all dieser Minister und ihre Verflechtungen mit den multinationalen Konzerninteressen, die dann sehr schnell nicht zur Förderung, sondern zur Plage für eine nachhaltige regionale Entwicklung beitragen können. Verwaltung und Parlament müssen gemeinsam dieser ständigen Gefahr die Stirn bieten! VIVANT- Ostbelgien sieht deshalb die **koordinierende Leitstelle ganz eindeutig im Ministerium**. Denn dort, und nicht unter den Ministern, finden sich die entsprechenden Experten der verschiedenen Bereiche.

Zum Schluss eine grundsätzliche Überlegung.

Im Band 2 des Regionalen Entwicklungskonzeptes wird zu den einzelnen Handlungsfeldern jeweils eine oder mehrere Empfehlungen abgegeben. Hierbei lese ich eine fast zwanghafte Begrenzung auf den geographischen Raum der DG heraus. Wie viel großzügiger und weitsichtiger wäre da nicht schon die Bezeichnung "Ostbelgien"! Herr Lambertz nutzt das für sich, wenn er seine Audio-Ansprachen an die „Lieben Ostbelgierinnen und die lieben Ostbelgier“ richtet. Deshalb sollte den Anspruch einiger Parteien für die weitreichende DG-Abschottung als nicht hilfreich bezeichnet werden. Es ist die Bezeichnung als Ostbelgier welche unserem Naturell der Offenheit für andere Sprachen, für andere Kulturen, für neue Ideen und Vorschläge entspricht, und für unser Selbstbewusstsein, auf gleicher Augenhöhe, auf der Basis einer gleichen Würde als Mensch bei unseren Kontakten mit unseren wallonischen und flämischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, in einem vereinten und starken belgischen Föderalstaat! Ich verstehe es so, dass nur auf der Basis starker Mitgliedstaaten in Europa grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit und Initiativen wirklich Sinn machen und den notwendigen konkreten Rahmen erhalten. Die Propagandisten für ein Europa der Regionen sollten sich meines Erachtens sehr ernsthaft die Frage stellen, was sie tatsächlich erreichen werden, wenn sie gleichzeitig die Nationalstaaten verteufeln.

Zusammenfassend:

Es ist Zeit sich auf den Weg zu machen, denn es gibt Viel zu tun! VIVANT- Ostbelgien ist bereit, diese Verantwortung in Zukunft mitzutragen.

Joseph Meyer  
VIVANT- Fraktion

---

---